

AFGHANISTAN

In der Klemme

Der Ruf der Nato nach Entsendung deutscher Truppen in den umkämpften Süden Afghanistans könnte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in die Klemme bringen. Zum Nato-Außenministertreffen an diesem Donnerstag, so meinen Diplomaten im Brüsseler Hauptquartier, dürfte der Nato-Oberbefehlshaber für Europa und Afghanistan, US-General James Jones, einen Dringlichkeitsantrag stellen und Verstärkungskräfte aus dem von der Bundeswehr kontrollierten Norden anfordern. Begründung: Zur Erfüllung des Isaf-Gesamtauftrags sei dies „unabdingbar“. Einer solchen Bitte könne man sich momentan kaum entziehen, heißt

es dazu in Berlin – auch wenn sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bislang gegen einen Einsatz im Süden sperrt.

Das neue Afghanistan-Konzept, welches das Bundeskabinett vorigen Mittwoch billigte, führt bereits Truppenteile auf, die an die Front vorrücken könnten: Dabei handelt es sich „insbesondere“ um Fernmelder, Logistiker, Sanitäter und Kräfte zur „Nachrichtengewinnung und Aufklärung“.

Wegen der Berliner Zurückhaltung bekommen die Bundeswehr-Offiziere in Kabul von Briten, Amerikanern, Holländern und Kanadiern, die im Süden in blutige Kämpfe verwickelt sind, derzeit keinen Einblick mehr in die Kriegführung ihrer Alliierten. Aus diesem Grund plädieren deutsche Offiziere hinter vorgehaltener Hand, der

„Süd-Allianz“ im Kriegsgebiet zumindest mit „Luna“-Drohnen oder gar Tornado-Jets zur Aufklärung beizustehen. In der Regierung wird außerdem erwogen, Polizeiausbilder und Entwicklungshelfer in den Süden zu senden, um wenigstens nichtmilitärische Präsenz zu zeigen.

Im Norden Afghanistans erhält die Truppe seit Anfang August Unterstützung durch das Kommando Spezialkräfte (KSK). Die Sondereinheit soll Aufklärung betreiben und Widerstandskämpfer identifizieren, welche die Deutschen bedrohen, und der Truppe „Mut machen“, wie es intern heißt. Dabei ist das KSK eigentlich nicht für Langzeitaufgaben, sondern vor allem für schnelle Eingreifaktionen ausgebildet. Der Bundestag ist über den Einsatz nicht informiert worden.



„Luna“-Aufklärungsflugzeug



Bundeswehrsoldaten in Masar-i-Sharif (im Mai)

MICHAEL KAPPELER / DDP

CAN MEREY / PICTUREALLIANCE / DPA